

Hermann Adam

seinsvorsorge unmittelbar praktisch werden kann. Offenbar ist die profitzentrierte Basisregel kapitalistischer Systeme derart unterkomplex, dass sie den Stabilitätsanforderungen ausdifferenzierter Gesellschaften immer weniger zu genügen vermag. Denn auch das zeigt der UkraineKrieg: Die hohen Energiepreise, mit denen wegen des Konflikts an den internationalen Börsen gehandelt wird, sind für den privaten Verbrauch schlicht unbezahlbar. Hält die inflationäre Entwicklung länger an, wird sie die Residualeinkommen – Geld, das nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und Fixkosten für Miete, Heizung etc. übrigbleibt – dramatisch senken. Einmal

mehr wird sich dann zeigen, dass kapitalistischer Besitz als expansives dynamisches Prinzip zur Evolution immer aufwendigerer Schutzmechanismen zwingt. Nachhaltigkeit bedeutet letztendlich, dieses Besitzprinzip außer Kraft zu setzen. In den Klimabewegungen, in Gewerkschaften, Umweltverbänden und der *scientific community* wird über Alternativen zum kapitalistischen Expansionsismus mittlerweile ernsthaft diskutiert. Die europäische Linke hat mit der Diskussion um entsprechende Weichenstellungen ebenfalls begonnen. An den Antworten, die sie findet, wird sich entscheiden, ob diese Linke eine Zukunft hat. ■

Am 11. Februar 2022 löste Professor Hermann Adam mit dem Impulsreferat «Kapitalismus und SPD» auf einer digitalen Zoom-Tagung der HDS e.V. eine kritische und niveauevolle Debatte aus. Im Anschluss verschriftlichte Hermann Adam für die *perspektivends* seine Thesen. Auch einige Debatte

teilnehmer:innen antworteten daraufhin schriftlich, allerdings mehr oder weniger ausführlich, was wir hiermit dokumentieren. Die Texte führen hin zu Kernfragen, die es weiter zu debattieren gilt. *kjs*

Hermann Adam *

Kapitalismus und SPD

Zehn Thesen zu einer kontroversen Debatte

Will die SPD den Kapitalismus überwinden oder ihn nur durch Reformen einhegen? Diese Frage wird in der SPD immer wieder neu aufgeworfen. Im Folgenden werden die Kernaussagen meiner dazu in den beiden letzten Heften der *perspektivends* ver-

öffentlichten Beiträge¹ zu zehn Thesen zu-

¹ Hermann Adam: Den Kapitalismus überwinden? Plädoyer für eine nüchterne Strategie, in *perspektivends*, Heft 1/2021, S. 99ff. und ders.: Profit- oder Gemeinwohlorientierung? Grenzen nicht-kapitalistischer Unternehmensführung, in: *perspektivends*, Heft 2/2021, S. 74 ff.

* **Hermann Adam** (* 1948), Prof. Dr. rer. pol., hat als Honorarprofessor Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politische Ökonomie am Sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin gelehrt.

Die Repliken sind ebenfalls in Heft 1/2022 der *perspektivends* abgedruckt. Die Zeitschrift erscheint im Schüren-Verlag GmbH, Marburg.

These 1: Kernmerkmal des Kapitalismus ist nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln, sondern das Wirtschaften der Unternehmen nach dem Minimalkostenprinzip.

Alle Unternehmen im Kapitalismus, egal ob privat, staatlich oder genossenschaftlich, treffen ihre Entscheidungen grundsätzlich nach dem Minimalkostenprinzip. Das bedeutet: Alles, was zur Produktion notwendig ist (Arbeitskräfte, Vorprodukte, Maschinen, Rohstoffe, Energie) – die sog. Vorleistungen – werden so kostengünstig wie möglich eingekauft. Anders Unternehmen in der Planwirtschaft. Sie erhalten ihre Vorleistungen von der Planbehörde zugeteilt. Um sicher zu gehen, dass die Planvorgaben erfüllt werden können, wird mehr Bedarf angemeldet als benötigt. Das führt zu weichen, leicht erfüllbaren Plänen, zur Verschwendung von Ressourcen und zur Ineffizienz.¹ Im Kapitalismus sorgt dagegen das Minimalkostenprinzip und der damit verbundene effiziente Einsatz der Ressourcen für einen höheren materiellen Wohlstand der Bevölkerung.

These 2: Im Orientierungsrahmen '85 hat sich die SPD zum Minimalkostenprinzip und damit zum Kapitalismus bekannt.

1970 setzte der Parteitag eine Kommission ein, die auf der Grundlage des Godesberger Programms ein langfristiges gesellschaftspolitisches Programm erarbeiten sollte. Dieses wurde vom Mannheimer Parteitag 1975 unter dem Titel «Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre

1975–1985» (kurz: Orientierungsrahmen '85) verabschiedet.

Darin bekennt sich die SPD ausdrücklich zum Minimalkostenprinzip. Es heißt im Abschnitt 2.6.2: «... das Prinzip der Produktion unter Minimalkosten (wird) auf jeden Fall gesichert. ... Auch wenn auf Gewinnerzielung verzichtet wird, muss das Prinzip der Kostenminimierung gelten.»² Mit letzterem Satz wird ausgedrückt: Auch staatseigene, gemeinnützige oder genossenschaftliche Unternehmen, die nicht die Profitmaximierung als oberstes Ziel verfolgen, sollen kostenminimierend, also effizient arbeiten. Für private Unternehmen ist das ohnehin selbstverständlich.

Als Hebel zur Kostenminimierung dient die Erwirtschaftung einer möglichst hohen Rendite für die Kapitaleigner. Denn hohe Renditen können Unternehmen nur erzielen, wenn sie effizient wirtschaften, d. h. ihre Kosten minimieren und gleichzeitig so viel wie möglich der produzierten Waren zu möglichst hohen Preisen verkaufen. Es gilt die simple Gleichung

$$\text{Gewinn} = \text{Preis} \times \text{Absatzmenge} \text{ minus Kosten}$$

Auch verstaatlichte Unternehmen sollen grundsätzlich gute Erträge für die Kapitaleigner, den Bund, die Länder oder die Gemeinden abwerfen. SPD-Bundesfinanzminister Hans Apel verkündete 1975 stolz, dass die industriellen Bundesunternehmen eine höhere Rendite erwirtschaftet hatten als die private Konkurrenz.³

1 Die systembedingte Ineffizienz der real-sozialistischen Planwirtschaften beschrieb das HDS-Mitglied Jiri Kosta: *Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus. Probleme und Alternativen*, Köln 1984, S. 66 und S. 92.

2 Vorstand der SPD (Hrsg.): *Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985*, Bonn 1975, S. 43.

3 Vgl. Artikel «Schön gemästet», in: *Der Spiegel*, Heft 46/9.11.1975.

Hermann Adam

These 3: Der Markt ist ökologisch und sozial blind.

Das Minimalkostenprinzip im Kapitalismus hat einerseits den materiellen Wohlstand der Menschen in den reichen Industrieländern enorm verbessert. Andererseits aber hat es zu gesellschaftlich unerwünschten Ergebnissen geführt:

In die Preiskalkulation der Unternehmen gehen externe Kosten wie Umweltbelastung nicht ein. Auch zeigen die Preise für Rohstoffe nicht rechtzeitig zukünftig zu erwartende Knappheiten an. Der Markt ist ökologisch blind.

Manche Produkte und Dienstleistungen haben wegen hoher Herstell- und Vertriebskosten so hohe Marktpreise, dass die ärmeren Schichten diese Waren nicht kaufen können. Der Markt befriedigt somit die Bedürfnisse der Menschen nur, soweit sie über genügend Kaufkraft verfügen. Der Markt ist sozial blind.

These 4: Da der Markt ökologisch blind ist, muss der Staat korrigierend eingreifen.

Kein einzelnes Unternehmen kann von sich aus umweltgerecht handeln, wenn es dadurch höhere Kosten hätte. Denn dann würde es im Vergleich zu Mitbewerbern, die sich ökologisch schädlich verhalten, an preislicher Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Deshalb muss der Staat für alle Unternehmen gleichermaßen umweltschädliches Verhalten verteuern und die klimaneutrale Herstellung von nachhaltigen Produkten so verbilligen, dass es sich für die Unternehmen «rechnet» und auch alle Menschen sich nachhaltige Produkte leisten können. Dazu stehen dem Staat eine Vielzahl von Instrumenten zur Verfügung, die von knapp gehaltenen Umweltzertifikaten, der CO₂-Bepreisung, der steuerlichen Förderung ökologischer Produk-

tionsverfahren bis hin zum Verbot (wie z. B. von FCKW) reichen. Wenn der Staat mit diesen Maßnahmen die Kostenstruktur in der Wirtschaft zugunsten nachhaltiger Produktion verändert, sorgt das Minimalkostenprinzip am effizientesten für eine ökologische Transformation der Wirtschaft.

These 5: Da der Markt sozial blind ist, muss der Staat auch hier korrigierend eingreifen.

In Wohlfahrtsstaaten soll niemand von bestimmten, zur Grundversorgung zählenden Gütern (= sog. meritorischen Gütern) ausgeschlossen werden, auch dann nicht, wenn ihre Herstellkosten und Marktpreise sehr hoch sind. Zu den meritorischen Gütern zählen in Deutschland insbesondere Bildung, Gesundheit und Wohnung einschließlich Energie. Hier übernimmt der Staat die Produktion der Dienstleistungen entweder in eigener Regie (Schulen, Universitäten). Oder er subventioniert private bzw. gemeinnützige Anbieter (Kitas, ÖPNV, Kultureinrichtungen) und reguliert die Bedingungen, zu denen private Hersteller die Leistungen anbieten dürfen (Gesundheitsversorgung, sozialer Wohnungsbau). Zudem alimentiert er die Nachfrage sozial schwacher Bevölkerungsgruppen durch finanzielle Zuschüsse (Wohngeld, Bildungspaket, Heizkostenzuschuss). Oder er führt eine gesetzliche Versicherungspflicht in Krankenkassen ein, die die Kosten für alle medizinisch notwendigen Behandlungen und Medikamente übernehmen.

Von allen Non-Profit-Unternehmen, die meritorische Güter anbieten, wird jedoch ebenfalls effizientes Arbeiten und sparsamer Umgang mit Ressourcen erwartet. Wenn ihre Einnahmen die Kosten nicht decken, muss die finanzielle Lücke aus öffentlichen Mitteln geschlossen werden.

These 6: Mit meritischen Gütern und Dienstleistungen wird soziale Gerechtigkeit hergestellt.

Die SPD fordert in ihrem Hamburger Grundsatzprogramm von 2007: «Gerechtigkeit ... bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint *Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern.*»⁴

Soziale Gerechtigkeit heißt für die SPD somit vor allem Gleichheit des Zugangs zu und der Versorgung mit meritischen Gütern und Dienstleistungen. Genau das ist in Deutschland in großem Maße verwirklicht. Indem

- der Besuch öffentlicher Schulen und Universitäten gebührenfrei ist und Kinder aus sozial schwachen Haushalten durch Bildungspakete und Stipendien unterstützt werden,
- medizinisch notwendige Gesundheitsleistungen für alle zugänglich sind,
- die Mieten im sozialen Wohnungsbau durch staatliche Zuschüsse runtersubventioniert und einkommensschwache Haushalte durch Wohngeld unterstützt werden,
- die Ticketpreise im öffentlichen Personennahverkehr, die Eintrittspreise für Schwimmbäder und kulturelle Einrichtungen wie Museen, Theater und Oper staatlich subventioniert werden,

sorgt der Staat in weiten Bereichen für gleiche materielle Lebenschancen.⁵ Das alles ermöglicht der privatwirtschaftliche Sek-

tor, der dank des kapitalistischen Minimalkostenprinzips so profitabel wirtschaftet, dass der Staat aus diesem Sektor genügend Steuern abzuweigen und damit meritische Güter und Dienstleistungen finanzieren kann, die vorwiegend den ärmeren Bevölkerungsschichten zugutekommen.

These 7: Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, die die SPD anstrebt, bedeutet nicht die Beseitigung sozialer Unterschiede.

Schon Eduard Bernstein erklärte in seiner berühmten Rede von 1918: «*Unterschiede in der Gesellschaft wird es immer geben. Und warum sollten sie nicht sein? Wo sie nicht zur Ausbeutung führen, wo sie nicht zur Unterdrückung führen, da sind sie ja eine Bereicherung der Gesellschaft, eine Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens. (Beifall.) Die Klassenunterschiede, die sollen fallen. Die persönlichen Unterschiede, die Unterschiede in der Tätigkeit, im Beruf, die mögen noch lange dauern.*»⁶

«Klassenunterschiede fallen» bedeutet Chancengleichheit = Zugang zu meritischen Gütern (siehe These 6). Und «persönliche Unterschiede», die laut Bernstein bleiben sollen, kehren im Hamburger Grundsatzprogramm als Bekenntnis der SPD zum Leistungsprinzip wieder: «*Leistung muss anerkannt und respektiert werden. Gerecht ist eine der Leistung angemessene Verteilung von Einkommen und Vermögen.* Eigentum verpflichtet: Wer überdurchschnittlich verdient, mehr Vermögen besitzt als andere, muss auch mehr zum Wohl der Ge-

4 Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007, Kapitel «Grundwerte», S. 15. (Kursivdruck von mir, H.A.).

5 Gleiche materielle Chancen bedeuten noch nicht gleiche Bildungschancen! Eine wichtige Rolle spielt auch die Bildungsaffinität des Elternhau-

ses. Die lässt sich allein durch formal und materiell gleichen Zugang nicht beeinflussen.

6 Eduard Bernstein: *Was ist Sozialismus?* Berlin 2018, S. 20 (Kursivdruck von mir, H.A.).

Hermann Adam

sellschaft beitragen.»⁷ Damit akzeptiert die SPD grundsätzlich eine ungleichmäßige Bruttoeinkommensverteilung. Durch progressive Besteuerung soll nur das Ausmaß der Ungleichheit bei den Nettoeinkommen verringert, aber keine Gesellschaft geschaffen werden, in der jeder gleich viel verdient und besitzt.

These 8: «Mehr Demokratie wagen» war kein Plädoyer Willy Brandts für Basisdemokratie.

Viele wünschen sich eine «Wirtschaftsdemokratie», weil sie sich davon eine andere, nicht-kapitalistische Steuerung der Wirtschaft erhoffen. Sie interpretieren «Mehr Demokratie wagen» im Sinne von Basisdemokratie und Überwindung des Kapitalismus. Doch das ist eine Fehlinterpretation!

Der immer wieder zitierte Satz aus der ersten Regierungserklärung Willy Brandts muss im Zusammenhang gelesen werden. Er erklärte: «Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, dass nicht nur durch Anhörungen im Bundestag, sondern auch durch *ständige Fühlungnahme mit den repräsentativen Gruppen unseres Volkes* und durch eine umfassende Unterrichtung über die Regierungspolitik jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken. ... *Diese Regierung sucht das Gespräch*, sie sucht kritische Partnerschaft *mit allen, die Verantwortung tragen*, sei es in den Kirchen, der Kunst, der Wissenschaft und der Wirtschaft oder in anderen Bereichen der Gesellschaft. Dies gilt nicht zuletzt für die Gewerkschaften,

um deren vertrauensvolle Zusammenarbeit wir uns bemühen.»⁸

Das war weder ein Plädoyer für eine Verlagerung politischer Entscheidungen weg von den gewählten Parlamenten hin zu Volksabstimmungen oder anderen Formen direkter Demokratie, noch wollte er die Unternehmen basisdemokratisch aufbauen oder gar eine Arbeiterselbstverwaltung nach dem Vorbild des damaligen Jugoslawiens einführen, bei der formal die Arbeiterkollektive in jedem Unternehmen über deren Produktpalette und Investitionen entscheiden. Vielmehr kündigte Willy Brandt Dialogbereitschaft der Regierung mit den repräsentativen Gruppen an. Damit waren die Verbände und ihre gewählten Vertreter, vor allem die Gewerkschaften, gemeint, nicht aber soziale Bewegungen, die wie die 68er-Studentenbewegung den Kapitalismus überwinden wollten.

These 9: Mitbestimmung über Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten ist kein Instrument zur alternativen Steuerung der Wirtschaft. Weder soll damit das Minimalkostenprinzip aufgehoben, noch der Kapitalismus überwunden werden.

Die Mitbestimmung gehörte für Willy Brandt «zur Substanz des Demokratisierungsprozesses unserer Gesellschaft, ... als Voraussetzung für jene Reformen, die in ihrer Summe den freiheitlichen Sozialstaat möglich machen.»⁹

7 *Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007*, S. 16 (Kursivdruck von mir, H.A.).

8 Willy Brandt: *Regierungserklärung* vom 28.10.1969, Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, 5. Sitzung, Bonn, den 28. Oktober 1969, S. 20f. (Kursivdruck von mir, H.A.)

9 Willy Brandt: *Regierungserklärung* vom 18.1.1973, Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 7. Sitzung, Bonn, den 18. Januar 1973, S. 131.

Wichtig ist allerdings, die Praxis der Mitbestimmung genau zu betrachten. Die von der großen Koalition 1967 eingesetzte Sachverständigenkommission (nach ihrem Vorsitzenden Biedenkopf-Kommission genannt) hat hierzu in ihrem Bericht festgestellt: «Die Beteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat (hat) zwar zu einer stärkeren Betonung der sozialen Aspekte ... unternehmerischer Tätigkeit geführt, die *Gültigkeit des Rentabilitätsprinzips als Leitmaxime unternehmerischer Initiativen und Planungen jedoch in keinem Fall in Frage gestellt.*»¹⁰

Rund 30 Jahre später wurde diese bereits im Biedenkopf-Bericht gewonnene Erkenntnis erneut bestätigt¹¹: Die Mitbestimmung hat zum Entstehen kooperativer Unternehmenskulturen beigetragen und damit den Klassenkampf zivilisiert. Genau darin sah schon Eduard Bernstein «die beste Gewähr für die Verwirklichung des Sozialismus».¹² Die Vorstände in mitbestimmten Unternehmen wurden dazu «erzogen», ihre Entscheidungen nicht im stillen Kämmerlein zu treffen, sondern sie vorher mit den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat zu diskutieren und möglichst Einvernehmen mit ihnen herzustellen. Dadurch wurden kapitalistische Unterneh-

mensstrategien nicht unterbunden, wohl aber in ihren Folgen für die Arbeitnehmer sozial abgefedert und auf eine breitere Legitimationsbasis gestellt. Mitbestimmte Unternehmen verzeichnen häufig sogar höhere Renditen, und in der Finanzmarktkrise fiel ihre Rentabilität weniger stark als die von nicht-mitbestimmten Unternehmen.¹³

Die Mitbestimmung überwindet also nicht den Kapitalismus, sondern sie macht ihn sozialer. Und das ist gut so!

These 10: Unternehmen in Belegschaftshand agieren früher oder später wie profitorientierte Unternehmen.

Für die 68er-Bewegung war die Arbeiterselbstverwaltung im damaligen Jugoslawien das Vorbild für eine Wirtschaftsdemokratie. Zahlreiche Analysen der Praxis vergesellschafteter, selbstverwalteter Betriebe haben jedoch ergeben:

- Auch in basisdemokratisch organisierten, vergesellschafteten Unternehmen wirkt das «eherne Gesetz der Oligarchie»: Betriebe können wie alle Organisationen aus Effizienzgründen immer nur von wenigen geleitet werden, die dann auch die Entscheidungen treffen. Dazu Michels: «Die direkte Selbstverwaltung ..., das Ideal der Demokratie, ... bietet ... keine Gewähr gegen die Entstehung eines oligarchischen Führertums.»¹⁴ Das unver-

10 *Mitbestimmung im Unternehmen*. Bericht der der Sachverständigenkommission zur Auswertung der bisherigen Erfahrungen bei der Mitbestimmung (Mitbestimmungskommission), Bochum, im Januar 1970, veröffentlicht als Bundestags-Drucksache VI/334, S. 42 (Tz. 36 – Kursivdruck von mir, H.A.).

11 Vgl. zum Folgenden Bertelsmann Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): *Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen. Bilanz und Perspektiven*. Bericht der Kommission Mitbestimmung, Gütersloh 1998, S. 34 ff.

12 Eduard Bernstein: *Was ist Sozialismus?* Vortrag, gehalten am 28. Dezember 1918 in der Berliner Philharmonie, Berlin 2019, S. 21 (herausgegeben und verlegt von der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung).

13 So eine vom Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichte empirische Analyse des Verhaltens mitbestimmter Unternehmen in der Finanzmarktkrise 2008/09. Vgl. Steffen Rapp, Michael Wolff: *Starke Mitbestimmung – stabile Unternehmen, Mitbestimmungsreport* Nr. 51/06.2019 des I.M.U.

14 Robert Michels: *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*. Untersuchungen über

meidliche Entstehen einer kleinen Entscheidungselite, die Michels schon 1911 am Beispiel der SPD beschrieb, bestätigte sich bei der Arbeiterselbstverwaltung Jugoslawiens in den 1960er- und 1970er-Jahren ebenfalls. Die Direktoren in den selbstverwalteten Betrieben hatten einen Wissensvorsprung und konnten stets ihre Vorhaben durchsetzen. Die Abstimmungen der Arbeiterkollektive an der Basis verkamen zur bloßen Akklamation.¹⁵ Zudem war die Partizipation der Arbeitnehmer an den Selbstverwaltungsorganen wie bei allen direktdemokratischen Verfahren sozial selektiv.

- Selbstverwaltete Unternehmen verfolgen die Maximierung der Löhne für die Beschäftigten. Das geht genauso zu Lasten der Allgemeinheit (hohe Inflationsraten, Blockade von Neueinstellungen) wie die Gewinnmaximierung für die Kapitaleigner. Betriebsegoismus kann weder durch Basisdemokratie noch durch Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung beseitigt werden. Das wusste auch schon Eduard Bernstein: «... Privateigentum der Arbeiter an Unternehmungen (ist) ein noch schlechteres Privateigentum als das kapitalistische..., weil es die Arbeiter in der Industrie, sobald sie Privateigentümer sind,

die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Leipzig 2011, S. 24. Michels Kernergebnis seines über 400 Seiten umfassenden Werkes: «Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden.» Ebenda, S. 384.

- 15 Ähnlich kritisch zur Top-down-Selbstverwaltungspraxis bei Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften jüngst auch Joscha Metzger: *Genossenschaften und die Wohnungsfrage*, Konflikte im Feld der Sozialen Wohnungswirtschaft, Münster 2021, S. 252: «Die Mitglieder nehmen Teil an einem Ritual, dessen Ablauf (und Ergebnis) ... weitgehend vorherbestimmt ist...»

in Gegensatz zur Allgemeinheit setzt.»¹⁶

Das hat zu Recht auch in den Orientierungsrahmen '85 Eingang gefunden: «Durch Änderung des Eigentumstitels wird an dem Problem der mangelnden Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und autonomen Entscheidungen der einzelnen Wirtschaftseinheiten nichts geändert.»¹⁷

- Erfolgreiche vergesellschaftete und selbstverwaltete Unternehmen wie z. B. Mondragón in Spanien handeln ähnlich wie privatkapitalistische Unternehmen. In Strukturkrisen, in denen die Nachfrage nach einzelnen Produkten wegbricht, müssen sie genauso Arbeitskräfte entlassen wie mitbestimmte Unternehmen in Deutschland: befristet Beschäftigte verlieren als erste ihren Arbeitsplatz, die übrigen erhalten Abfindungen. Auch das ist keine neue Erkenntnis. Schon 1896 formulierte Franz Oppenheimer das «Gesetz der Transformation»: «Nur äußerst selten gelangt eine Produktivgenossenschaft zu Blüte. Wenn sie aber zu Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein.»¹⁸ Entweder passen sich Non-Profit-Unternehmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, sprich der Minimalkostenkombination, an und existieren dann dauerhaft, oder sie gehen unter.

16 Eduard Bernstein: *Was ist Sozialismus?* a. a. O., S. 13 (Kursivdruck von mir, H.A.).

17 Orientierungsrahmen '85, Kap. 2.6.3, S. 44.

18 Franz Oppenheimer: *Die Siedlungsgenossenschaft*, Leipzig 1896, S. 45, zitiert nach: Werner Kruck: Die gewerbliche Produktivgenossenschaft in Deutschland. Ein theoriegeschichtlicher Beitrag, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 43 (1993), S. 197 ff. Oppenheimers Satz war allerdings nicht auf Siedlungsgenossenschaften, sondern auf große Industrieunternehmen gemünzt.

Schlussbemerkung

Die SPD hat bei Bundestagswahlen immer dann gut abgeschnitten, wenn ihr Wirtschaftskompetenz zugeschrieben wurde. Dafür standen in der sozial-liberalen Ära Namen wie Karl Schiller und Helmut Schmidt, in den 1990er-Jahren Gerhard Schröder mit dem Satz «Es gibt keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik mehr, sondern nur noch eine moderne oder unmoderne»¹⁹ und heute Olaf Scholz: «Ich stehe für einen pragmatischen Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.»²⁰ Im Hamburger Programm wird der Markt als «ein notwendiges und anderen wirtschaftlichen Koordinierungsformen überlegenes Mittel»²¹ bezeichnet und zur gesellschaftlichen Situation in Deutschland festgestellt: «Nie zuvor konnten so viele Menschen am kulturellen, sozialen und politischen Leben teilnehmen»²² – mit anderen Worten: Noch nie zuvor in der Geschichte gab es so viel Chan-

cengleichheit – und damit soziale Gerechtigkeit (siehe These 6).

Es besteht keine Notwendigkeit, den Kapitalismus zu überwinden und ihn durch ein anderes System (welches denn?) zu ersetzen. Gewiss ist unsere Gesellschaft nicht vollkommen. Doch Debatten über eine zwar wünschenswerte, aber nicht realisierbare Gesellschaft bringen die SPD ihrem Ziel, das Leben der Menschen in kleinen Schritten ein wenig besser zu machen, nicht näher. Im Gegenteil: Die mühsam wiedergewonnene wirtschaftspolitische Kompetenz der SPD und damit ihre Wahlchancen werden durch parteiinterne Theoriediskussionen, die auf eine Überwindung des Kapitalismus abzielen, wieder in Frage gestellt. Utopien führen bei der alten Kernklientel der SPD, den Arbeitnehmern, eher zu Unverständnis.²³ Nicht zuletzt um jeden Zweifel an der grundsätzlich positiven Einstellung der SPD zu unserem Wirtschaftssystem auszuräumen, hat Norbert Walter Borjans bei Anne Will am 5. September 2021 bekräftigt: «Die SPD steht ganz klar auf dem Boden der Marktwirtschaft.»²⁴ ■

19 *Der Spiegel*, Nr. 21/1997, S. 92.

20 *Handelsblatt*, 9.9.2021.

21 *Hamburger Programm* der SPD von 2007, S. 17 (Abschnitt: Primat der Politik und Prinzip der Nachhaltigkeit).

22 *Hamburger Programm* der SPD von 2007, S. S. 9f. (Abschnitt: Umbruch in Arbeitswelt und Gesellschaft).

23 Siehe z. B. die Reaktion des BMW-Betriebsrats: «SPD für Arbeiter deutscher Unternehmen nicht wählbar» (*Wirtschaftswoche* vom 3.5.2019) auf das Kühnert-Interview (*DIE ZEIT* Nr. 19/2.5.2019).

24 Sendung ANNE WILL, ARD am 5.9.2021, 58. Minute.